

Hessen ein typisches Beispiel:

Genossen-Filz in der Provinz

Der „Genosse Filz“ ist noch lange nicht ausgestorben. Überall dort, wo Sozialdemokraten längere Zeit regieren, hat sich der Filz fest eingenistet. Aber nicht nur in den großen Städten regiert er, sondern auch in der sogenannten Provinz ist er weit verbreitet. Hessen ist nach 33jähriger SPD-Herrschaft ein typisches Beispiel dafür, wie sich der Filz bis in die untersten Amtsstuben ausgebreitet hat. Diese Filzokratie ist von der FDP mitgetragen worden.

Die nachfolgenden Beispiele zeigen, wie verbraucht die SPD ist und wie recht Alfred Dregger hat, wenn er sagt: 33 Jahre SPD sind genug. Hessen braucht eine Wende und eine liberale Erneuerung.

März 1977:

Affäre von Uckro, Gelnhausen

Kurz vor der Kommunalwahl am 20. März 1978 veröffentlicht der nicht mehr wiedergewählte, aber noch im Amt befindliche Bürgermeister der Stadt Gelnhausen, von Uckro (SPD), vier Wahlanzeigen im Gelnhäuser Tageblatt, mit denen er zugunsten der SPD in den Wahlkampf eingreift. Die Kosten in Höhe von 1 097,40 DM für diese vier Anzeigen werden dem Magistrat der Stadt Gelnhausen in Rechnung gestellt und von diesem auch bezahlt. Erst nachdem dies in der Öffentlichkeit bekannt wird, bezahlt von Uckro nachträglich diese Anzeigen aus eigener Tasche.

März 1977:

Oberstudiendirektor Reim, Homberg

Einen Tag vor den Kommunalwahlen am 20. März 1977 tritt der Leiter der Theodor-Heuss-Schule in Homberg, Oberstudiendirektor Georg-Friedrich Reim, aus der SPD

aus. An der Stellungnahme des Vorsitzenden des SPD-Unterbezirks Schwalm-Eder, MdL Albert Pfuhl (Hessisch-Niedersächsische Allgemeine, Ausgabe Schwalm-Eder vom 23. März 1977), ist unter anderem bemerkenswert:

„Die SPD habe seit vielen Monaten Reims Illoyalität gegenüber der Partei, der er seinen beruflichen Aufstieg verdanke, mit großer Sorge beobachtet...“

Pfuhl erinnerte daran, daß Reim insbesondere durch Bemühungen von Landrat Franke (SPD) am 1. September 1969 Schulleiter in Homberg gewesen sei. Zuvor habe Reim als Lehrer an der alten Landesschule in Korbach gewirkt. Dank der Berufung nach Homberg sei Reim innerhalb weniger Jahre vom Oberstudienrat zum Oberstudiendirektor befördert worden.“

Deutlicher kann das Eingeständnis der Parteibuchwirtschaft durch die SPD eigentlich gar nicht ausfallen.

April 1977:

Affären bei den Stadtwerken Wiesbaden

Aus Anlaß ihres 25jährigen Dienstjubiläums haben die Stadtwerke-Direktoren Wassmuth und Dorn (beide SPD) ca. 200 Mitarbeiter und Gäste ins Kloster Eberbach eingeladen und dafür rund 10 000 DM auf Kosten der Stadtwerke ausgegeben. Oberbürgermeister Rudi Schmitt (SPD) als Vorsitzender des Aufsichtsrats will davon nichts gewußt haben. Am 7. 12. 1977 beschließt der Aufsichtsrat der Stadtwerke zu der Direktorenjubelfeier u. a.:

„Der Aufsichtsrat beanstandet die Feier als solche jedoch nicht und hält sie für angemessen. Der Aufsichtsrat betrachtet die Angelegenheit damit als erledigt.“

Die Zeche zahlt also der kleine Mann, nicht die hochdotierten Direktoren.

Mai 1977:

Wahlbeeinflussung?

Erst jetzt wird bekannt, daß drei Tage vor der Kommunalwahl des 20. März 1977 Oberbürgermeister Schmitt als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Stadtwerke Wiesbaden eine Belegschaftsversammlung abgehalten hat. Die Mitglieder der Nachmittagschicht sind zur Teilnahme an dieser Belegschaftsversammlung schriftlich per Einladung aufgefordert worden. Für die Teilnahme an der Belegschaftsversammlung ist ihnen eine Vergütung für 3 Stunden zuzüglich 30 Prozent Überstundenaufschlag zugesagt worden.

Oktober 1977:

Bürgermeisterskandal von Sontra

Die Staatsanwaltschaft von Kassel ermittelt gegen den 51jährigen früheren Bürgermeister der Stadt Sontra (Werra-Meißner-Kreis) Adam Besand (SPD) wegen des Verdachts der Veruntreuung. Seit Mai 1977 hatte sich schon ein Untersuchungsausschuß der Stadtverordnetenversammlung in Sontra mit den Unregelmäßigkeiten des früheren Bürgermeisters befaßt. Der Untersuchungsausschuß hat u. a. festgestellt:

- Besand hat Sparkonten für die Stadt eingerichtet, von denen 120 000 DM abgehoben wurden. Dem Bürgermeister oder seiner Frau sollen die Beträge ohne Quittung übergeben worden sein.
- Rechnungen von Versandhäusern, die an die Familie Besand gingen, sind nachträglich so verändert worden, als wäre die Stadt Empfänger der Waren.
- Über einen Strohmann soll Bürgermeister Besand oder seine Frau ein Grundstück, das einem Dritten zur Industriansiedlung überlassen worden war, weit unter Preis an sich gebracht haben, obwohl das Grundstück später nicht für industrielle Zwecke genutzt wurde.
- Vor dem Grundstück des Bürgermeisters Besand soll das städtische Kanalnetz auf öffentliche Kosten deswegen niedriger verlegt worden sein, weil der Swimmingpool des Bürgermeisters dies notwendig machte.

Oktober 1977:

Affäre Bürgermeister Kimpel (SPD), Kirchheim

Bürgermeister Kimpel erhielt seit 1972 auf Beschuß der damaligen SPD-Mehrheit in der Gemeindevorstellung höhere Bezüge, als ihm aufgrund der Einwohnerzahl der Gemeinde Kirchheim zugestanden hätten. Die Unzulässigkeit der Höhergruppierung Kimpels hatte schon das Verwaltungsgericht Kassel durch Urteil vom 11. April 1975, das inzwischen rechtskräftig geworden ist, festgestellt. Als die Gemeindevorstellung beschließt, daß Bürgermeister Kimpel die überhöhten Bezüge einschließlich der banküblichen Zinsen — etwa 30 000 DM — an die Gemeinkasse zurückzuzahlen hat, weigert er sich bis heute, diese zu zahlen.

Herbst/Winter 1977/78:

Skandal um die Kreisvolkshochschule Groß-Gerau

Bei der Überprüfung der Abrechnung des Haushaltsjahres 1975 hat das Rechnungsprüfungsamt des Kreises Groß-Gerau in den Abrechnungen der Kreisvolkshochschule

derart viele Fehler festgestellt, daß Sonderprüfungen vorgenommen werden mußten, die sich sowohl auf das Jahr 1975 als auch auf die beiden folgenden Jahre erstreckten. Besonders bei der Organisation von weltweiten Studienfahrten im Rahmen der Erwachsenenbildung ist die Kreisvolkshochschule mit öffentlichen Geldern schludrig umgegangen. So stellte das Rechnungsprüfungsamt fest:

- Reiseveranstaltungen sind nicht immer sicher kalkuliert worden, es wurden zu viele Freiplätze auf Kosten der Kreisvolkshochschule gewährt,
- bei der Abrechnung der Unkosten war man zu großzügig,
- Teilnehmerlisten und Leistungskataloge sind nicht geführt worden.

Dazu einige Beispiele:

- Bei einer Studienreise nach Afrika entsteht durch schlechte Kalkulation, durch vom Kreis zu übernehmende Freiplätze, durch Verlängerungsaufenthalte für 31 Personen ohne zusätzliche Bezahlung und durch Zusatzprogramme ein Fehlbetrag in Höhe von über 27 000 DM.
- In dem Volkshochschulkurs „Seminar 3. Bildungsweg — Studieren ohne Abitur“ verlangt der Studienleiter für sich und seine 3 Mitarbeiter für die Jahre 1971 bis 1976 ein Honorar von über 130 000 DM. Nach Abschlagzahlungen verbleibt eine Honorarforderung von 112 000 DM. Auch diese Forderung ist nicht nachprüfbar, weil wichtige Unterlagen wie z. B. Anwesenheitslisten fehlen. Trotzdem werden schließlich 60 000 DM Honorar vom Kreis gezahlt.
- Für ein Studienseminar in Skandinavien mit 5 Teilnehmern sind 7 500 DM zu bezahlen. Teilnehmergebühren wurden jedoch nicht erhoben. Begründung von der Kreisvolkshochschule dafür: Es handelte sich um eine Vorexkursion.
- Bei einer Studienreise nach Frankreich erhält eine Familie Freiplätze. Später soll diese Freiplatzgewährung mit den Leistungen des Familienoberhauptes als Betreuer und Dolmetscher eines deutsch-französischen Seminars im Kreis Groß-Gerau verrechnet werden. Eine Verrechnung konnte jedoch nicht festgestellt werden.
- Für ein gemeinsames Abschlußessen aller Teilnehmer einer Rom-Fahrt werden 600 DM ausgegeben.
- Einer früheren Mitarbeiterin des Landratsamtes und der Volkshochschule war für eine Dienstleistung die Teilnahme an einer Reise der Volkshochschule versprochen worden. Die Volkshochschule bot dieser früheren Mitarbeiterin einen Platz bei der Flugreise nach Persien im Wert von 1 600 DM an. Damit war die Mitarbeiterin jedoch nicht einverstanden. Die Volkshochschule gestattete ihr daher die Teilnahme an einer Südostasien-Tour (Kosten: 3 174 DM). Vorher waren ihr aber schon die Kosten für die Persien-Reise überwiesen worden.
- An einer Informationsfahrt nach Berlin im Januar 1976 zum Einbau der Berlin-Problematik in den Unterricht nehmen nicht nur Lehrkräfte und Studienleiter, son-

dern auch ein Mitarbeiter der Kreissparkasse mit seiner Ehefrau teil. Begründung für die Teilnahme: Prüfung der Möglichkeiten einer Reise für die Kreissparkasse nach Berlin. Die Kosten für die Reise wurden von der Kreisvolkshochschule übernommen.

Diese Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung der Kreisvolkshochschule Groß-Gerau waren nur möglich, weil der zuständige Dezernent, der erste Kreisbeigeordnete Dr. Skala (SPD) seine Aufsichtspflichten nicht hinreichend wahrgenommen hat.

Kaum war der bisherige Leiter der Kreisvolkshochschule Groß-Gerau, Keil, in dessen Amtszeit die Unregelmäßigkeiten entstanden waren, aus dem Dienst geschieden, wurde die Stelle des Leiters der Kreisvolkshochschule ohne Ausschreibung sogleich wieder von einem Genossen, dem bisherigen Kreisjugendpfleger Arnold (SPD) besetzt. Ob der bisherige Kreisjugendpfleger die wissenschaftlich-fachliche Qualifikation für die leitende Funktion in der Erwachsenenbildung mitbringt, ist zweifelhaft. Um das Maß an Filzokratie voll zu machen, wurde ebenfalls ohne vorherige öffentliche Ausschreibung die Stelle des Nachfolgers für den Kreisjugendpfleger mit dem SPD-Kreistagsabgeordneten und früheren Unterbezirksvorsitzenden der Jungsozialisten, Erno Siehr, besetzt.

Frühjahr 1978:

Skandal um den Bürgermeister von Hirzenhain

In der Gemeinde Hirzenhain, im Wetteraukreis, in der die SPD mit absoluter Mehrheit in der Gemeindevorstellung und mit dem SPD-Bürgermeister Ruth regiert hat, ergibt eine unvermutete Rechnungsprüfung durch das Rechnungsprüfungsamt des Wetteraukreises insgesamt 84 Verfehlungen gegen geltendes Recht. Unter anderem werden moniert:

— Reisekosten für Dienstreisen, deren Auszahlungsanordnungen „zum größten Teil nur mangelhaft ausgeführt“ sind.

Wörtlich heißt es u. a.:

„Angaben über Reisezweck sind weder im Fahrtenbuch noch auf Reisekostenabrechnungen angegeben und ersichtlich.“

— Für Vergütung an Aushilfskräfte und Überstundenvergütungen, die übrigens auch ohne ausreichende Belege erstellt wurden, sind „keine Lohn- und Kirchensteuern von der Gemeinde eingehalten“. Bereits im September 1975 wurde dies vom Finanzamt Nidda festgestellt und gerügt.

— Bürgermeister Ruth hat in den Jahren 1976 und 1977 zu Unrecht Sitzungsgelder erhalten.

- Für das Kraftfahrzeug des Bürgermeisters Ruth sind die Versicherungsbeiträge zu Unrecht von der Gemeinde bezahlt und im nachhinein von der SPD-Mehrheitsfraktion solidarisch abgesegnet worden.
- Außerdem ermittelte die Staatsanwaltschaft gegen Bürgermeister Ruth wegen des Verdachts des Betruges und der Urkundenfälschung: Für die Zerstörung eines Brückengeländers sind der Gemeinde Kosten in Höhe von 1 032 DM entstanden, der Versicherung wurde jedoch eine durch Ruth fingierte Firmenrechnung über 4 950 DM eingereicht. Außerdem wurden von einer zweiten Versicherung für die Beschädigung desselben Brückengeländers nochmals 2 425 DM von der Gemeinde durch weitere Manipulation Ruths vereinnahmt.
- Seit 1971 sind von der Gemeinde überhaupt keine Jahresrechnungen mehr erstellt worden.
- Einem Gewerbetreibenden bescheinigt Ruth schriftlich auf einem entsprechenden Formular die Bezahlung von 1 422 DM Gewerbesteuer. Später bestritt er den Erhalt der Zahlung.
- Der SPD-Ortsverein Hirzenhain erhielt am 6. 9. 1977 eine Zahlung seitens der Gemeinde über 360 DM mit dem Vermerk „Fremdenbetreuung im Feriendorf“. Später stellte sich heraus, daß an diesem Tag der Ortsverein in eigener Regie ein Fest veranstaltet hatte und diese 360 DM „vom Bürgermeister Ruth aus eigenem Antrieb in die sozialdemokratische Parteikasse geflossen“ seien, so der SPD-Fraktionsvorsitzende im Hirzenhainer Gemeindeparkament Josef Stenzl.
- Die Kassenprüfung vom 22. bis 25. April 1975 ergab, daß das Amtsgehalt des Bürgermeisters ab 1. Januar 1973 eine Stufe zu hoch ausgezahlt worden sei.

Trotz dieser massiven Verfehlungen hat die SPD-Fraktion der Gemeindevertretung in Hirzenhain den Antrag der CDU-Fraktion auf Veröffentlichung des Prüfungsberichtes des Rechnungsprüfungsamtes des Wetteraukreises mit der Begründung abgelehnt, daß noch nicht genügend Klarheit über die Vorfälle bestehe. Bereits im Oktober 1977 hatte der Landrat des Wetteraukreises Kuhn kriminalpolizeiliche Ermittlungen gegen Ruth veranlaßt. Bei der Versetzung Ruths in den Ruhestand ließ derselbe Landrat jedoch dem Ex-Bürgermeister den Wappenteller des Wetteraukreises überreichen.

April 1978:

Der Fall Bürgermeister Eckhardt, Georgenhauen, „Sekt und Wein“

Die Rechnungsprüfung in der ehemalig selbständigen Gemeinde Georgenhauen, die jetzt zur Stadt Reinheim im Landkreis Darmstadt-Dieburg gehört, fördert einen weiteren Bürgermeisterskandal zutage. Bürgermeister in dieser Gemeinde war Karl Eckhardt (SPD). Das Ergebnis der Rechnungsprüfung für 1976:

— Fehlbetrag 1976	415 738,10 DM
— Unbezahlte Rechnungen an die Stadt Reinheim (Beiträge für die gemeinsamen Einrichtungen mit Reinheim — Kindergarten — nicht mehr bezahlt)	276 144,69 DM
— Baulandumlegung verschenkt:	148 100,— DM
— 1 005 Flaschen Sekt und Wein 1976 gekauft:	6 800,— DM
— Kassenkredit nicht zurückgezahlt	150 000,— DM
— Verlust durch Sollzinsen	13 655,13 DM
— Spende zur Dorfverschönerung in Wein umgesetzt	1 250,— DM
— Ausgaben ohne Beschlüsse der Gemeindevorvertretung: „... das geltende Haushaltsrecht gröblich verletzt“. (Bericht des Rechnungsprüfungsamtes)	
— ein Fall für den Staatsanwalt: Mit der Gestaltung des Freizeitzentrums in Georgenhagen wird Architekt Döring beauftragt (Döring ist bis vor einigen Monaten SPD-Vorsitzender des Ortsbeirates in Georgenhagen).	

„Gemäß Ingenieur-Vertrag vom 1. Juli 1974 wurde als Grundhonorar 5 Prozent der Herstellungssumme vereinbart. Diese wurde in dem Vertrag auf 350 000 DM geschätzt.“ Als 1976 abgerechnet wurde, erhielt Architekt Döring ein Honorar, das aus einer Herstellungssumme von 375 000 DM berechnet wurde. Die tatsächlichen Herstellungskosten betrugen aber nur 195 363 DM.

Dies alles konnte nur geschehen, weil die SPD in der Gemeindevorvertretung und im Gemeindevorstand von Georgenhagen absolute Mehrheiten hatte. Als der Skandal schon ruchbar wurde, deckte die SPD mit aller Kraft ihren Genossen Bürgermeister. Die Vorwürfe der CDU seien „krankhaft“. Auch der frühere Landrat Klein (SPD) versuchte den Skandal zu verharmlosen.

Die CDU/FWG hat jetzt den Magistrat der Stadt Reinheim mit der Prüfung beauftragt, ob der entstandene finanzielle Schaden vom früheren SPD-Bürgermeister Eckhardt persönlich ersetzt werden muß. Inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen den Ex-Bürgermeister.

Juni 1978:

Affäre Polizeipräsident Ahlborn (SPD), Kassel, „Bauarbeiten“

Auf einen Berichtsantrag der CDU muß der Justizminister berichten: Im April bis Mai 1976 wurden für den Polizeipräsidenten Ahlborn in Kassel von Gefangenen der

Justizvollzugsanstalt Kassel Hilfsarbeiten beim Bau eines Schwimmbeckens unter Aufsicht eines Aufsichtsbediensteten ausgeführt.

Der Polizeipräsident hatte die Absicht, hinter seinem Eigenheim ein Schwimmbecken zu bauen. Da der Einsatz eines Baggers nicht möglich war, mußte der Erdaushub von Hand erfolgen. Es wurden daher in der Zeit vom 26. bis 30. April, vom 4. bis 6. Mai 1976 und am 10. Mai 1976 von Gefangenen im einzelnen folgende Hilfsarbeiten durchgeführt:

— nach Einbau eines Plastikbeckens das Heranfahren von Fertigbeton mit Schubkarren und das Verfüllen der Lücken zwischen der Grube und dem Plastikbecken mit Fertigbeton. Bei diesen Arbeiten wurden jeweils 5 Gefangene eingesetzt. Die erbrachte Arbeitsleistung einschließlich Transportzeiten der Gefangenen betrug 392 Stunden. Für diese geleisteten Arbeitsstunden der Gefangenen wurden

je 6,— DM	= 2 352,— DM
10 Tage Aufsichtskosten	= 364,40 DM
	<hr/> 2 716,40 DM

in Rechnung gestellt.

Bei einem privaten Bauunternehmer wäre der Herr Polizeipräsident sicherlich nicht so billig davongekommen.